

## Dreyer setzt auf Dialog mit Hessen

**WIESBADEN/MAINZ** (dpa). Im Streit um den Fluglärm rund um Frankfurt hofft die rheinland-pfälzische Regierungschefin Malu Dreyer auf eine „konstruktivere Zusammenarbeit“ mit Hessens neuer Regierung. Mit der neuen schwarz-grünen Koalition im Nachbarland werde in dieser Frage eine „neue Form des Dialogs“ angestrebt, sagte die SPD-Politikerin am Montag dem Südwestrundfunk (SWR). Der Frankfurter Flughafen sei ein großer Wirtschaftsfaktor – auch für Rheinland-Pfalz. Dennoch müssten beide Länder gemeinsam ausloten, was man gegen die „furchtbare Lärmbelastigung“ tun könne. Weitere wichtige Baustellen für Rheinland-Pfalz im kommenden Jahr seien natürlich der insolvente Nürburgring und der kriselnde Flughafen Hahn.

Anmerkung von Hartmut Rencker:

Wenn Frau Ministerpräsidentin Dreyer glaubt, dass man mit Hessen einen Weg in der Fraport-Problematik finden kann, ist diese schlecht informiert. Bereits am 4.12.2013 hat Noch-Minister Rentsch grünes Licht für Dumping-Landegebühren gegeben, um mehr Verkehr nach Frankfurt zu ziehen. Wie nur soll der flügellahme Hahn da mithalten? Und niemand getraut sich, das öffentlich zu machen.

Wie sehr Fraport die Lärmproblematik kleinredet, zeigt allein die Aussage : "... wenn sie (die Fluggesellschaften) für das Passagierwachstum auf Auslandsstrecken moderne, lärmarme Flugzeuge einsetzen..." Längst fallen nahezu alle Flugzeugtypen, die Frankfurt aktuell anfliegen, in die Kategorie "leises" Fluggerät, außer der alten B 747-400 (B 744). Die restlichen Maschinen, die nicht in das Förderprogramm passen (Kategorien 13-16), sind nicht mehr relevant, da sie teilweise schon seit 10 oder 20 Jahren ausgemustert sind.

Folgende Maschinen bekommen keine Vergünstigungen - ansonsten alle. Keine dieser Maschinen hat Frankfurt in den letzten Jahren angefliegen.

- *Cat 13: 74S, IL 96*
- *Cat 14: B 744, B 737-200 Hushkit, DC-10*
- *Cat 15: B 741, B 742, B 743*
- *Cat 16: AN 124, B 707/720, DC-86, DC-9*

Dass Rentsch und die FDP die Interessen Fraports statt der Menschen in Hessen durchsetzen, war immer klar. Wen interessiert denn die Gesundheit von Menschen? Hier geht es um Profit !!! Man könnte den späten Schnellschuss von Minister Rentsch als gezielten Sabotageversuch des Koalitionsvertrags der Nachfolge-Regierung werten.

Fazit: Die scheidende Hessische Landesregierung und Fraport erklären den Menschen in der Region den Krieg.